Bezirksamt Mitte von Berlin Datum: 10.11.2020
Ordnung, Personal und Finanzen Tel.: 23722

Bezirksamtsvorlage Nr. 1301
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 17. November 2020

1. Gegenstand der Vorlage:

   Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordneten-versammlung zur Drucksache Nr. 2504/V, Beschluss vom 18.06.2020 betrifft:

   Duale Ausbildung: Die öffentliche Hand muss über Bedarf ausbilden!

2. Berichterstatter/in:

   Bezirksbürgermeister von Dassel

3. Beschlussentwurf:

   I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme – betrifft „Duale Ausbildung: Die öffentliche Hand muss über Bedarf ausbilden!“ als Schlussbericht.

   II. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

   III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Ordnung, Personal und Finanzen beauftragt.

   IV. Veröffentlichung: ja

   V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
      a) Personalrat: nein
      b) Frauenvertretung: nein
      c) Schwerbehindertenvertretung: nein
      d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

   bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

   keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

   keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

   keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

   keine

9. Mitzeichnung(en):

   keine

Bezirksbürgermeister von Dassel

Bezirksamt Mitte von Berlin
Ordnung, Personal und Finanzen
SE Personal und Finanzen

Datum: 10.11.2020
Tel.: 23722

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: 2504/V

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über „Duale Ausbildung: Die öffentliche Hand muss über Bedarf ausbilden!“

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 18.06.2020 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2504/V):

Das Bezirksamt wird ersucht,

1. Alle Möglichkeiten zu prüfen, um kurzfristig, d.h. noch in diesem Jahr, die Zahl der dualen Ausbildungsplätze im Bezirk über die bisher geplante Zahl von ca. 40 Plätzen hinaus zu erhöhen;
2. sich dazu auch mit den anderen Bezirken über den Rat der Bürgermeister (RdB) und andere Wege abzustimmen, um durch bezirksübergreifende Kooperation, Verbundausbildung etc. zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für die jungen Menschen zu schaffen, die in diesem Jahr die Schulen verlassen;
3. gegenüber dem Senat dafür einzutreten, dass das Land die dafür erforderlichen Mittel in einem Nachtragshaushalt den Bezirken zur Verfügung stellt, seine eigene dualen Ausbildungsangebote erhöht und auch gegenüber den Landesbetrieben auf eine kurzfristige und deutliche Erhöhung der Ausbildungsplätze hinwirkt.
4. jungen Menschen, die sich in Ausbildung befinden, bei denen jedoch die Fachpraktischen Ausbildungsabschnitte Corona-bedingt nicht stattfinden können, geeignete alternative Praktikumsplätze anzubieten, dies insbesondere bei obligatorischen Fachpraktika, um den Ausbildungserfolg nicht zu gefährden.
5. jungen Menschen, die sich in Ausbildung befinden, deren Ausbildungsplatz jedoch Corona-bedingt gefährdet ist, im Verbund mit anderen Bezirken und dem Land eine Fortsetzung der Ausbildung anzubieten.

Das Bezirksamt hat am 17. November 2020 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

zu 1.

In diesem Jahr konnte die Besetzung der geplanten ca. 40 Ausbildungsplätzen nicht erreicht werden. Es wurden insgesamt 24 Auszubildende in den Ausbildungsberufen:

- Verwaltungsfachangestellte/r,
- Stadtsekretärsanwärter/in im mittleren Dienst,

- Gärtner/innen in den Fachrichtungen Garten- und Landschaftsbau und Zierpflanzenbau und
- Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste eingestellt.

Eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze war daher nicht notwendig.

Die Gründe für die geringe Besetzungsquote sind vielfältig.

Bei den Verwaltungsfachangestellten gab es trotz guter Bewerberlage außergewöhnlich viele Absagen oder Nichterscheinen zu den Bewerbergesprächen. Gründe dafür sind nicht bekannt, es könnten jedoch an der Pandemiesituation liegen. Weiterhin gab es eine hohe Anzahl von Absagen der zugesagten Ausbildungen kurz vor Ausbildungsbeginn. Als Gründe wurden angegeben: Nachrücker/in bei anderen Behörden und Bezirken, Zusage eines Studienplatzes, persönliche Gründe und ähnliches. Aufgrund der Kurzfristigkeit (teilweise eine Woche bis einen Tag vor Ausbildungsbeginn) konnte eine Nachbesetzung der Plätze nicht realisiert werden. In Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur Mitte ist es jedoch gelungen, einen weiteren Ausbildungsplatz nach zu besetzten.
Aufgrund der Corona Pandemie und der damit verbundenen hohen Belastungssituation im Gesundheitsamt werden in diesem Jahr keine medizinischen und zahnmedizinischen Fachangestellte/n ausgebildet, da hier aktuell für die Ausbildung keine Kapazitäten zur Verfügung stehen.

zu 2.

Auch die anderen Bezirke hatten Schwierigkeiten mit der Besetzung der geplanten Ausbildungsplätze. Hier gab es eine Zusammenarbeit zwischen den Bezirken im Rahmen der Weitergabe von Bewerberunterlagen und auch der Weitergabe von ausgewählten Bewerberinnen und Bewerbern der entsprechenden Nachrückerlisten.

zu 3.

Das war aufgrund der geschilderten Situation nicht notwendig.

zu 4.

Eine entsprechende Bedarfslage ist nicht bekannt. Hier wurde trotz der aktuell bestehenden Schwierigkeiten unsere eigenen Auszubildenden unterzubringen im Rahmen der Möglichkeiten (Raum- und Platzsituation und Einhaltung der Corona-Abstandsregeln) den Studentinnen und Studenten der HWR, den VfA-Umschülerinnen und Umschülern und den Schülerinnen und Schülern des OSZ Luise Schröder Pflichtpraktikaplätze zur Verfügung gestellt.

zu 5.

Auch hier sind weder durch Auszubildende noch durch Ausbildungsbetreibe oder die Kammer Bedarfe an das BA Mitte herangetragen worden.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V.m. § 36 Bezirksverwaltungsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

   keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

   keine

Berlin, den 17.11.2020

Bezirksbürgermeister von Dassel